

Beginn: 10:01 Uhr

Präsident André Kuper: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiße Sie alle herzlich willkommen zu unserer heutigen, 148. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt den Gästen auf der Zuschauertribüne, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien sowie den Zuschauerinnen und Zuschauern an den Bildschirmen.

Für die heutige Sitzung haben sich 14 Abgeordnete entschuldigt; die Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung: Alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen ...

(Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie bitten.

Alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, als neuen Tagesordnungspunkt 12 den Wahlvorschlag der Fraktion der AfD „Wahl eines Mitglieds in den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss V (Hochwasserkatastrophe)“ Drucksache 17/15504 zu behandeln. – Dagegen sehe ich keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so.

Des Weiteren haben sich alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen darauf verständigt, als neuen Tagesordnungspunkt 13 den Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP mit dem Titel „Gesetz zur weiteren Änderung des Hochschulgesetzes und des Kunsthochschulgesetzes“ Drucksache 17/15505 zu behandeln. – Auch dagegen sehe ich keinen Widerspruch. Dann verfahren wir auch hier so.

Damit rufe ich auf:

1 Regieren nach Gutsherrenart: Ministerpräsident Wüst muss erklären, warum er im Fall des Urteils zur Räumung des Hambacher Waldes die Ratsentscheidung mit Füßen tritt!

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/15486

In Verbindung mit:

Räumung der illegalen Baumhäuser im Hambacher Forst – Kampf für das Recht oder Einknicken vor Umweltextremisten?

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/15487

In Verbindung mit:

Mit dem Kopf durch die Wand! Landesregierung muss gesellschaftlichen Konflikt befrieden, nicht weiter befeuern

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/15488

Die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, AfD und SPD haben jeweils mit Schreiben vom 2. November gemäß § 95 Abs. 1 der Geschäftsordnung zu einer aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erster Rednerin für die Fraktion der Grünen der Abgeordneten Brems das Wort.

Wibke Brems^{*)} (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Schade, dass der Ministerpräsident bei einem solch zentralen Thema, auf das er gestern in seiner Regierungserklärung mit neuen Richtungen eingegangen ist, gar nicht da ist. Das finde ich schon bemerkenswert.

Heute hätte der neue Ministerpräsident eine Chance gehabt. Gestern haben wir von ihm gehört, dass seine Landesregierung auf einmal zu einem Kohleausstieg 2030 bereit sei. Wir haben auch gehört, dass er so viele Dörfer wie möglich retten möchte. Heute hätte er die Chance gehabt, nicht nur anzukündigen, sondern auch Konsequenzen aus diesen Sätzen zu ziehen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie müssen entscheiden: Meinen Sie es ernst und wollen Brücken bauen im Rheinischen Revier, oder setzen Sie die Tradition des Spaltens fort, die Herr Laschet zu verantworten hat? Denn in der Bilanz des Ex-Ministerpräsidenten Laschet und seines Kabinetts im Hambacher Wald

(Zuruf von der FDP: Forst!)

steht der größte und teuerste Polizeieinsatz in der Geschichte Nordrhein-Westfalens, ein völlig unsinniger Einsatz, bei dem Polizistinnen und Polizisten unnötig gefährdet wurden. Ein Mensch kam ums Leben.

Auf Gedeih und Verderb wurde innerhalb der Landesregierung danach gesucht, wie man die Menschen aus dem Hambacher Wald bekommt,

(Zuruf von der FDP: Forst!)

um ihn zu roden. Da wurde Lüge an Lüge gereiht, Druck auf Kommunen ausgeübt. Ein juristischer

Winkelzug nach dem anderen wurde angewandt, Rechtsbeugung wurde betrieben.

(Beifall von den GRÜNEN und Christian Dahm [SPD] – Ralph Bombis [FDP]: Das ist Unsinn! – Der Ministerpräsident betritt den Saal.)

– Schön, Herr Ministerpräsident, dass Sie jetzt den Weg in unser Haus gefunden haben. Herr Ministerpräsident, Sie hätten ...

(Zurufe von der CDU und der FDP: Ah! – Zuruf von Ralph Bombis [FDP] – Unruhe – Glocke)

– Dass ich Sie schon mit solchen Sachen treffe, ist ja kurios.

(Weitere Zurufe)

Ich warte einfach ein bisschen ab, bis Sie sich alle ein wenig beruhigt haben.

(Fortgesetzt Zurufe)

Kommen Sie klar?

Präsident André Kuper: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir haben die Redezeit vorhin gestoppt und werden, wenn wieder Ruhe eingekehrt ist, der Kollegin die Chance geben, weiter vorzutragen. – Bitte.

Wibke Brems* (GRÜNE): Danke schön. – Herr Ministerpräsident Wüst, Sie haben die Chance, es anders zu machen. Ich sage Ihnen, was Sie machen könnten: Sie könnten schnell dafür sorgen, dass der Hambacher Wald

(Zurufe von der CDU und der FDP: Forst!)

in öffentlichen Besitz übergeht. Die NRW-Stiftung wäre sofort bereit, Verantwortung für den Wald zu übernehmen.

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU und der FDP: Forst!)

Ich sage Ihnen ganz klar: Dann gäbe es schlicht und einfach keinen Grund mehr, den Wald zu besetzen.

(Zurufe von der CDU und der FDP: Forst!)

Dann könnte endlich Ruhe im Hambacher Wald einkehren.

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU und der FDP: Forst! – Josef Hovenjürgen [CDU]: Den gibt es jetzt schon nicht mehr! Den gab es vorher schon nicht!)

Wenn Ihr einziges Problem ist, ob es der Hambacher Forst oder der Hambacher Wald ist,

(Josefine Paul [GRÜNE]: Für die FDP!)

dann hätten wir nur ein kleines Problem. Meine Güte! Es geht doch darum, endlich eine Befriedung hinzubekommen,

(Unruhe – Glocke)

und Sie hängen sich an solchen Wörtern auf.

(Ralf Witzel [FDP]: Sie tun das doch! – Weitere Zurufe)

Zur Befriedung der Situation vor Ort gehört auch, dass Sie, Herr Wüst, Ihrer Bauministerin ins Gewissen reden sollten.

(Heiterkeit von der FDP)

Machen Sie Schluss mit juristischen Winkelzügen, um das vorgeschobene Argument des Brandschutzes zur Räumung des Hambacher Waldes im Nachhinein zu legitimieren.

(Ralf Witzel [FDP]: Forst! – Weitere Zurufe: Forst!)

Die Landesregierung hat die Beiladung zum Verfahren vor dem Verwaltungsgericht Köln selbst nicht beantragt, sondern die Stadt Kerpen einfach alleingelassen. Die Stadt Kerpen hat verloren. Nun weist die Landesregierung sie an, dass sie die Berufung beibehalten soll, obwohl es einen anderslautenden Ratsbeschluss gibt. Das ist doch der Offenbarungseid dieser Landesregierung.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Es geht Ihnen eben nicht um die Befriedung der Situation, sondern um Machtdemonstration und um Rechthaberei.

(Beifall von den GRÜNEN – Ralph Bombis [FDP]: Es geht um den Rechtsstaat! – Christian Dahm [SPD]: Rechtsstaat?)

Herr Wüst, Sie haben gestern gesagt, Sie brauchen Klarheit über die zukünftige Energieversorgung, Klarheit für die Menschen in den von Umsiedlung bedrohten Dörfern. Ich kann Ihnen diese Klarheit gerne geben: In Glasgow trifft sich gerade die Welt.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Es soll ein Weg gefunden werden, wie die durchschnittliche Erwärmung der Erde auf 1,5 Grad begrenzt wird.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Dafür ist entschlossenes Handeln von allen Staaten und allen Regierungen notwendig. Damit Deutschland sein Versprechen und damit das 1,5-Grad-Ziel einhält, dürfen in den Tagebauen Hambach und Garzweiler nur noch 200 Millionen Tonnen Kohle gefördert werden; das zeigt eine DIW-Studie. RWE und die geschäftsführende Bundesregierung möchten aber bis 2038 noch 780 Millionen Tonnen Kohle fördern.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Es ist klar und einfach: bis 2030 aus der Kohle aussteigen, Dörfer retten und den 1,5-Grad-Pfad einhalten.

Geben Sie sich einen Ruck, und knüpfen Sie nicht die so dringend notwendige Leitentscheidung an krude Vorwürfe, die Sie mit nichts belegen können.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Markus Diekhoff [FDP])

Wer aus der Kohle aussteigt, muss in erneuerbare Energien einsteigen. Das haben Sie gestern gesagt, das sagen wir schon lange, das ist nichts Neues.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Dabei brauchen Sie auch nicht auf andere zu zeigen, denn nicht wir blockieren die Windenergie, sondern das machen Sie selbst. In Nordrhein-Westfalen werden aktuell pro Jahr etwa 300 MW Windkraft zugebaut. Notwendig für den 1,5-Grad-Pfad wären 1.000 MW. Ihre unsinnigen Abstandsregelungen sorgen dafür, dass nicht ausreichend Flächenpotenzial zur Verfügung steht.

(Widerspruch von der FDP)

In Nordrhein-Westfalen stehen 0,8 % der Landesfläche zur Verfügung, in Schleswig-Holstein beispielsweise sind es 2 %.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Das ist Ihre Verantwortung, die Sie nicht auf Berlin abschieben können.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Markus Diekhoff [FDP])

Herr Wüst, ist Ihnen das jetzt Klarheit genug? Ich befürchte, dass Sie immer noch weitere offene Fragen und Aspekte haben. Deswegen habe ich Ihnen etwas mitgebracht.

(Die Rednerin hält eine Unterlage hoch. – Widerspruch von CDU und FDP)

– Ich weiß nicht, warum es Sie so aufregt, dass ich hier eine Studie hochhalte, die ich dem Ministerpräsidenten gerne überreichen möchte.

Weil Sie Ihre Arbeit nicht gemacht haben, hat unsere Landtagsfraktion in einer Studie die Frage gestellt, wie Nordrhein-Westfalen auf den 1,5-Grad-Pfad kommen kann.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Darin steht, wie die Energieversorgung der Zukunft aussehen muss. Darin steht, mit welchen Maßnahmen wir die Industrie in Nordrhein-Westfalen erhalten und wie wir trotzdem das 1,5-Grad-Ziel erreichen. Das ist die Arbeit, die eigentlich die Landesregierung hätte machen müssen. Wir haben sie gemacht. Ich

gebe das gerne gleich an den Ministerpräsidenten weiter.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zu guter Letzt: Herr Wüst, als neuer Ministerpräsident haben Sie die Chance, in diesem langen Streit die Gräben zuzuschütten und neue Brücken zu bauen. Nutzen Sie diese Chance!

(Beifall von den GRÜNEN – Die Rednerin übergibt dem Ministerpräsidenten eine Unterlage.)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Wir haben die Unterbrechungen während der Redezeit in der Weise berücksichtigt, dass die Uhr jeweils gestoppt und die Redezeit entsprechend verlängert worden ist.

Ich muss die Kollegin Brems sowie allgemein darauf hinweisen, dass die Parlamentarischen Geschäftsführer und der Ältestenrat in den letzten zwei Wochen vereinbart haben, dass wir keinerlei Grafiken oder Objekte während einer Rede vorzeigen. Ich bitte, das auch zu beachten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Als nächstem Redner erteile ich für die AfD dem Abgeordneten Loose das Wort.

Christian Loose (AfD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am 11.01. dieses Jahres schrieb DER SPIEGEL:

„Baumhaus brennt – ein Mann verletzt. Im Hambacher Forst ist in einem Baumhaus ein Feuer ausgebrochen. Ein Mann kam mit Verbrennungen ins Krankenhaus. Die Löscharbeiten wurden nach Angaben der Polizei durch Barrikaden behindert.“

Laut Polizeibericht wurde der 32-jährige Verletzte, gegen den übrigens ein Haftbefehl vorlag, beim Brand schwer verletzt. Braucht es noch mehr, um zu belegen, dass die Baumhäuser eine Gefahr für Leib und Leben sind?

Warum tut die Landesregierung aber nichts? Warum lässt die Landesregierung den Bau von Baumhäusern im Hambacher Forst und in Lützerath zu? Wenn die Baumhäuser damals nicht dem Brandschutz entsprochen haben, stellt sich doch die Frage, Frau Scharrenbach, ob das bei neuen Häusern der Fall ist.

Frau Scharrenbach, haben Sie diese illegalen Schwarzbauten überprüft? Inwieweit lagen Genehmigungen vor? Darf jeder in Deutschland einfach so auf fremden Grundstücken Häuser bauen?

Wie sieht es mit den Umweltauflagen aus? Inwieweit entsprechen diese Baumhäuser neuesten energetischen Standards? Sind die Baumhäuser an die öffent-

liche Kanalisation angeschlossen? Wird sichergestellt, dass der Abtransport der Ausscheidungen keine bakteriellen Risiken für die Menschen in der Umgebung bedeutet?

Wurde beim Bau der Häuser darauf geachtet, dass keine Brutplätze von seltenen Vögeln oder Fledermäusen zerstört werden? Wurden die Feuerstellen mit einem Kamin ausgerüstet und mit Filteranlagen ausgestattet, damit es zu keiner erhöhten Feinstaubbelastung in der Umgebung kommt? Inwieweit ist die Müllentsorgung durch die Bewohner sichergestellt? Wie wird sichergestellt, dass sich die Bewohner an die Coronaschutzverordnung halten?

All das scheint die Landesregierung nicht zu interessieren, während jeder normale Bürger seine Garage wieder abreißen muss, wenn sie nur 2 cm zu nah am Nachbargrundstück ist.

Wie stellen Sie eigentlich sicher, Herr Reul – vielleicht kommt er heute irgendwann noch mal –, dass sich unter den Bewohnern keine Kriminellen befinden?

(Zurufe von der CDU: Da ist er doch! – Herbert Reul, Minister des Innern: Ich war die ganze Zeit da!)

– Entschuldigung. Herr Reul steht heute auf der anderen Seite, auf der rechten Seite. Mal gucken.

(Zurufe)

Wie stellen Sie eigentlich sicher, Herr Reul, dass sich unter den Bewohnern keine Kriminellen befinden, insbesondere da sich viele Bewohner die Fingerkuppen wegätzen und sich verummmt im Forst aufhalten? Wie stellen Sie sicher, dass keine Gefahr von diesen Bewohnern für die Anwohner in den umliegenden Ortschaften ausgeht?

Vor ein paar Monaten, Herr Reul, wurde beispielsweise ein Förster Opfer eines Raubüberfalls, und schließlich findet die Polizei immer wieder Waffen im Umfeld der Baumhäuser. Aber Sie verschließen die Augen auch vor dieser Gefahr.

Ich rate Ihnen allen hier: Sprechen Sie mit den Sicherheitsmitarbeitern vor Ort. Dann werden Sie erkennen, von wem die Gewalt ausgeht und warum es so wichtig ist, das Gebiet von diesen Extremisten zu räumen.

Sie haben alles dabei: Männer, die aus 2 m Entfernung faustgroße Steine auf die Mitarbeiter von RWE werfen, Brandsätze. Einmal wurde ein Mitarbeiter ins Bein gebissen, wie von einem Hund. An einem anderen Tag fand die Polizei Wurfmesser und einen mit Nägeln gespickten Besenstiel, also nichts anderes als eine primitive Keule.

Beißen wie Hunde und Keulen wie bei den Höhlenmenschen, sind das wirklich Ihre Freunde, liebe

SPD, liebe Grüne, liebe FDP? Sie haben in Kerpen ja mit abgestimmt.

Sie brauchen noch nicht mal mit den Mitarbeitern vor Ort zu reden. Ich will von Ihnen gar nicht den Kontakt mit dem einfachen Volk verlangen. Es reicht, wenn Sie die Berichte der Polizei Aachen zum Hambacher Forst wenigstens querlesen. Ich zitiere nur einige Stellen – es sind unterschiedliche Taten an unterschiedlichen Tagen –:

Acht verummte Personen bewerfen einen Baggerführer mit Steinen.

Vorsätzliche Brandstiftung an einem Trafohaus. Die Täter legen Nagelbretter aus, um die Anfahrt von Polizei und Feuerwehr zu behindern.

Unbekannte Täter werfen Brandsätze.

Sind das wirklich Ihre Freunde, liebe Kollegen? – Es geht weiter:

Mehrere verummte Personen errichteten aus einem komplett intakten Hochsitz eine Barrikade auf der ehemaligen Landesstraße L 276 und versuchten, diesen mit brennbarer Flüssigkeit anzuzünden.

Transformator einer Pumpstation in Brand gesteckt.

Unbekannte setzen Trafostation in Brand.

Eine etwa 10- bis 15-köpfige verummte Personen-Gruppe erschien aus dem Wald und warf Steine in Richtung der RWE-Mitarbeiter.

Steinwürfe auf RWE-Fahrzeuge – natürlich wieder mit Insassen. Was da passieren kann, haben wir vor ein paar Jahren gesehen, als Steine auf ein RWE-Fahrzeug geworfen wurden, das Fahrzeug sich überschlagen hat und ein Glassplitter in ein Auge des RWE-Mitarbeiters geriet. Nur mit Glück konnte er sein Augenlicht bewahren.

Sind das wirklich Ihre Freunde, liebe Kollegen?

Noch schlimmer: Sie, liebe SPD, betreiben hier mit Ihrem Antrag eine widerliche Verharmlosung dieser Taten. Mordanschläge, Brandanschläge, Fäkalienwürfe – an diesen Dingen sind aus Sicht der SPD gar nicht die Kriminellen schuld. Nein, die Landesregierung ist schuld. Ich zitiere aus Ihrem Antrag – Zitat –:

„Die Beamtinnen und Beamten sind bespuckt, beschimpft, mit Fäkalien beworfen und sogar beschossen worden – nur wegen der Sturheit der Landesregierung.“

Die Beamten wurden also nach Ansicht der SPD wegen der Sturheit der Landesregierung beschossen und nicht etwa, weil sich vor Ort Extremisten aufgehalten haben. Nein, die Regierung sei schuld.

Meine Damen und Herren, ich dachte, nach dem Antrag der Grünen zum letzten Plenum könnte mich nichts mehr schockieren. Da hatte Frau Brems die Beamten gewarnt, ihren Job auszuüben. Sie warnte

davor, dass ein Polizeieinsatz möglicherweise auch gefährlich für die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten wäre. Hier wurde die Gewalt der Landesregierung in die Schuhe geschoben und nicht den Extremisten. Jetzt aber zeigen auch Sie von der SPD derartige verfassungsfeindliche Tendenzen, und das macht mich schlicht sprachlos.

(Zuruf von der SPD)

Bitte stellen Sie das in Ihrem Redebeitrag richtig, und kommen Sie zurück auf den Boden des Grundgesetzes. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die SPD spricht nun der Abgeordnete Herr Dahm.

Christian Dahm (SPD): Guten Morgen, Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Einer der größten gesellschaftlichen Konflikte ist sicherlich derzeit der Ausstieg aus der Kohle. Zum Symbol dieser gesellschaftlichen Auseinandersetzung rund um Klimaschutz und den Ausstieg aus der Kohleverstromung ist der Hambacher Forst geworden.

Ich bin davon überzeugt, dass es eine breite gesellschaftliche Mehrheit in Deutschland dafür gibt, dass wir aus der Kohleverstromung aussteigen sollen, ja gar müssen. Es gibt nur noch ein paar versprengte Ewiggestrige, die zu der Frage, ob es einen Kohleausstieg geben muss, eine andere Auffassung haben.

In der Frage, wie schnell Deutschland aussteigen muss, gibt es unterschiedliche Auffassungen. Ich glaube, wir sind uns einig, dass es durchaus schneller gehen kann und gehen muss.

Gerade bei dieser Auffassung stand man sich 2018 pointiert im Hambacher Forst gegenüber. Ich bin der Auffassung, Aufgabe einer Landesregierung ist es, gesellschaftliche Konflikte zu moderieren, Kompromisse zu organisieren und Probleme zu lösen.

Wir müssen heute feststellen: Das ist Ihnen nicht gelungen. Ganz im Gegenteil! Sie, Frau Ministerin Scharrenbach, und Sie, Herr Minister Reul, haben noch zusätzlich Öl in das Feuer gegossen und den Konflikt in neue Dimensionen befördert.

(Beifall von der SPD)

Sie haben zigtausend Polizistinnen und Polizisten in den größten Polizeieinsatz in der Geschichte Nordrhein-Westfalens geführt, der über 50 Millionen Euro gekostet hat. Sie haben die Beamtinnen und Beamten in einen Wald geschickt, um Baumhäuser zu räumen. Dabei sind sie beschimpft, bespuckt, beschossen und mit Fäkalien beworfen worden.

Sie haben die Polizei im Rahmen der Vollzugshilfe für die Lösung bauaufsichtsrechtlicher Fragen missbraucht. Mit welchem Erfolg? – Wenige Wochen später stand die Polizei am Waldrand und musste zuschauen, wie die Baumhäuser neu errichtet und weitere gebaut worden sind. Der teuerste Einsatz der Polizei in Nordrhein-Westfalen war völlig sinnlos.

(Beifall von der SPD)

Als Polizist, der in diesen Einsatz geschickt wurde, würde ich mich auf den Arm genommen fühlen und von meiner Landesregierung, von meinem Dienstherrn ausgenutzt vorkommen.

(Zuruf von der SPD: Ich auch!)

Sehr geehrter Frau Ministerin Scharrenbach, sehr geehrter Herr Minister Reul, für diesen Einsatz haben Sie ziemlich viel Aufwand betrieben und viel Energie aufgewandt. Allein schon um einen Grund dafür zu finden, die Baumhäuser räumen zu können, war eine besondere Kreativleistung Ihrerseits notwendig, für die Sie auch teure Beratungsleistungen eingekauft haben.

Um das Ziel der Räumung, das Sie fest in den Blick genommen hatten, umsetzen zu können, brauchten Sie die Stadt Kerpen. Diese hat Ihre Rechtsauffassung von Anfang an nicht geteilt. Ganz im Gegenteil, die Stadt Kerpen war dagegen.

Sie haben dann zu dem schärfsten Schwert gegriffen, das einer Landesregierung bleibt. Sie haben sich über die Einschätzung der Fachleute vor Ort und auch über den Rat Ihrer eigenen Fachleute hinweggesetzt und die Stadt Kerpen per Erlass angewiesen. Anders gesagt: Sie haben die Stadt gegen deren ausdrücklichen Willen zum Werkzeug Ihres bornierten Ziels gemacht.

Jetzt gibt es ein Urteil des Verwaltungsgerichts. Dieses schreibt Ihnen ins Stammbuch, dass Ihr Vorgehen rechtswidrig gewesen ist. Der Brandschutz sei nur vorgeschoben gewesen.

Was machen Sie jetzt? Anstatt die Gelegenheit zu ergreifen, die Ihnen dieses Urteil bietet, und sich auf eine konstruktive Lösung des Problems, des gesellschaftlichen Konfliktes zuzubewegen, entscheiden Sie sich für die Holzhammermethode. Sie weisen die Stadt Kerpen erneut an, und zwar gegen den ausdrücklichen Wunsch der Mehrheit im Stadtrat.

Frau Ministerin, seit 2018, also seit drei Jahren, haben Sie sich auf den Brandschutz im Hambacher Forst eingeschossen. Sie haben dies immer mit Gefahr im Verzug begründet. Es herrsche akute Gefahr für Leib und Leben. Das war Ihre Begründung, warum es diese Räumung unbedingt brauchte.

Was ist seit 2018 aus dem Brandschutz geworden? Eine Entfesselung des Bauordnungsrechts hat es doch gar nicht gegeben. Es gilt nach wie vor der gleiche Brandschutz. Die Baumhäuser sind kurz nach

der Räumung wieder aufgebaut worden. Die illegalen Bauten existieren weiterhin. Wieso tolerieren Sie das Ganze eigentlich, wenn der Brandschutz so gewichtig wie damals ist, so wie Sie es immer behaupten?

(Zuruf von Gordan Dudas [SPD])

Die akute Gefahr besteht also nach wie vor. Die Frage ist doch: Warum haben Sie in den Jahren 2020 und 2019 nichts gemacht? Diese Frage müssen Sie hier und heute beantworten, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Man muss den Eindruck gewinnen – ich bin mir dessen auch sicher –, dass der Brandschutz nur Mittel zum Zweck war. Dies hat der Ministerpräsident a. D. selbst eingeräumt und zugestanden.

Frau Ministerin, entweder ist der Brandschutz ein gewichtiger Grund für eine Räumung – dann ist er es seit 2018 nach wie vor jeden Tag –, oder er ist es nicht. In diesem Fall erklären Sie das heute. Dann brauchen Sie die Stadt Kerpen nicht weiter zu einem Prozess zwingen, den niemand in dieser Stadt und in dieser Region braucht.

(Beifall von der SPD)

Vielmehr sollten Sie keinen Aufwand mehr dafür aufbringen, eine falsche Entscheidung zu verlängern. Denn in Wahrheit ist es doch so: Sie wollen Ihr Gesicht in dieser Region und in diesem Haus nicht verlieren.

(Beifall von der SPD)

Wenn Sie denselben Aufwand betreiben würden, um die aktuellen Probleme im Land anzugehen oder diesen gesellschaftlichen Konflikt zu befrieden, dann wäre viel gewonnen. Wir würden uns weniger untaugliche Rettungsversuche, um das eigene Versagen zu kaschieren, und dafür mehr staatsmännische Landesführung wünschen.

(Beifall von Regina Kopp-Herr [SPD] und Stefan Zimkeit [SPD])

Denn gesellschaftliche Konflikte löst man nicht mit dem Brandschutz. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege Dahm. – Für die CDU-Fraktion spricht nun der Abgeordnete Herr Schrumpf.

Fabian Schrumpf (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, bevor Sie hier solche Beiträge abliefern, bei denen Sie sich mehrfach auf den Rechtsstaat berufen, hätten Sie sich besser einmal – insbesondere Sie von der SPD – an ein Zitat

von Helmut Schmidt erinnert. Der hat nämlich einmal gesagt:

„Der Rechtsstaat hat nicht zu siegen, er hat auch nicht zu verlieren, sondern er hat zu existieren!“

Sie versuchen, den Verlauf eines rechtsstaatlichen Gerichtsverfahrens zu skandalisieren. Das macht doch nur Folgendes deutlich:

(Josefine Paul [GRÜNE]: Also!)

Entweder haben Sie die Funktionsweise unseres Rechtsstaates nicht begriffen, oder – schlimmer noch – Sie pfeifen darauf, um mit Ihrem Klamauk kurzfristig politische Geländegewinne zu erzielen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Sven Wolf [SPD]: Bodenlos!)

An die Adresse der Grünen gerichtet: Solange Sie es nicht hinbekommen, sich von Gewalttättern im Forst unmissverständlich zu distanzieren, sollten Sie sich mit Belehrungen zum Thema „Rechtsstaat“ oder gar Wörtern wie „Rechtsbeugung“ besser schön zurückhalten.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von Frederick Cordes [SPD], Monika Düker [GRÜNE] und Josefine Paul [GRÜNE] – Weitere Zurufe)

Bei allem Theaterdonner der Opposition: Worüber reden wir heute? – Die Zustände im Hambacher Forst sind bereits 2012 entstanden. Damals gab es unter Rot-Grün ein Zuständigkeitspingpong zwischen dem Innenministerium unter Ralf Jäger und dem Bauministerium unter Mike Groschek.

(Zurufe von der SPD)

Niemand wollte dabei Verantwortung übernehmen.

(Mehrhad Mostofizadeh [GRÜNE]: Ist das jetzt Gerichtsschelte? – Weitere Zurufe)

Die Vorgängerregierung hat sich doch schlicht weggeduckt. Deswegen konnten im Hambacher Forst überhaupt erst Baumhäuser mit improvisierten Heizungen und Feuerstellen errichtet werden, rechtswidrige Zustände entstehen und der Konflikt somit immer weiter eskalieren.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

Kommen wir zu Ihrer rot-grünen Leitentscheidung im Jahr 2016, von der heute vor allem Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, rein gar nichts mehr wissen wollen.

(Jochen Ott [SPD]: Komisch, verstehe ich nicht! – Weitere Zurufe)

Sie tun so, als ob Sie daran niemals beteiligt gewesen wären. Diese Entscheidung, die sämtliche Tagebaue zum Inhalt hatte, hat Rot-Grün doch erst dazu

gebracht, die Bagger an die verbliebenen Teile des Forstes heranzuführen.

(Monika Düker [GRÜNE]: Der Polizeieinsatz war Ihre Entscheidung! – Zuruf von Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD])

Das Gewaltmonopol – darin sind wir uns hoffentlich alle einig – liegt einzig und allein beim Staat.

(Zurufe von Frederick Cordes [SPD] und Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Es ist für die Funktion eines Rechtsstaates unabdingbar, dass dieser von Recht und Gesetz auch tatsächlich Gebrauch macht. Darauf können sich die Bürgerinnen und Bürger ebenso wie die Unternehmen in unserem Land verlassen.

(Zuruf von Frank Müller [SPD] – Weitere Zurufe von der SPD)

Dies haben wir mit unserer Nulltoleranzstrategie unmissverständlich deutlich gemacht. Nulltoleranzpolitik bedeutet eben, dass geltendes Recht überall gilt und auch durchgesetzt wird.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vor diesem Hintergrund hat die Landesregierung Anfang 2018 erkannt, dass es im Hambacher Forst so nicht weitergehen kann. Im Zuge dessen wurde beispielsweise die unter Groschek vertretene Rechtsauffassung kritisch überprüft, ja, unter anderem durch das Gutachten einer bekannten Kanzlei im Baurecht. Die Prüfung kam zu dem Ergebnis, dass ein Einschreiten der Bauaufsicht dringend geboten ist. Das Bauministerium nahm dieses Gutachten zum Anlass zu handeln.

Da eine erhebliche Gefahr für Leib und Leben bestand, waren die sodann ergangenen Beseitigungsverfügungen sofort zu vollziehen, sodass es nach Abwägung aller bekannten Tatsachen im September 2018 zur Räumung des Hambacher Forstes kam.

Die Gerichte haben die Rechtmäßigkeit dieser Räumung im Anschluss sodann mehrfach bestätigt, liebe Kolleginnen und Kollegen. Im Einzelnen waren das das Verwaltungsgericht Köln am 13.09.2018 in erster Instanz, das Oberverwaltungsgericht Münster am 14.09.2018 in zweiter Instanz. Auch das Verwaltungsgericht Aachen bestätigte damals in einem Beschluss vom 14.09.2018 die Rechtmäßigkeit der Räumung eines Baumhauses.

Die Tatsache, dass von Baumhäusern eine erhebliche Gefahr für Leib und Leben ausgeht, wurde noch einmal Anfang dieses Jahres auf tragische Art und Weise deutlich, als bei einem durch einen improvisierten Ofen ausgelösten Brand ein Baumhausbewohner schwer verletzt wurde.

Beim jetzt vorgelegten Urteil des Verwaltungsgerichts Köln handelt es sich also lediglich um eine von insgesamt vier Entscheidungen zur Thematik, dazu

um eine erstinstanzliche und – auch wenn Sie das nicht hören wollen – noch nicht rechtskräftige Entscheidung. Dieses Urteil jetzt politisch derart zu instrumentalisieren und so zu tun, als hätten sich neue Fakten ergeben, ist ganz schlechter politischer Stil.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Herr Dahm, Frau Brems, zumindest den Juristen in Ihren Fraktionen sollte doch klar sein, dass es auch im Wesen eines Rechtsstaats liegt, gegen die Entscheidung eines Instanzgerichts ein Rechtsmittel einlegen zu können. Nichts anderes hat die Kolpingstadt Kerpen mit ihrem Antrag auf Zulassung der Berufung getan.

Na klar, jetzt kommen Sie mit der Entscheidung des Kerpener Stadtrats, diesen Antrag wieder zurückzunehmen. Zu dieser Ratsentscheidung ist übrigens anzumerken, dass diese nur durch eine Zufallsmehrheit zustande kam.

(Zuruf von der SPD: Ach so!)

Nachdem der dortige Hauptausschuss noch den entsprechenden Antrag der Linken abgelehnt hatte – ja –, kam im Rat eine knappe Mehrheit zustande, unter anderem deshalb, weil drei Mitglieder der CDU krankheitsbedingt fehlten.

(Sven Wolf [SPD]: Sie haben hier auch nur eine Mehrheit von einer Stimme! – Zuruf von Christian Dahm [SPD])

Und nun empören Sie sich über die Weisung der Ministerin, den Antrag auf Zulassung der Berufung nicht zurückzuziehen. Spätestens an dieser Stelle entlarven Sie sich doch selbst: Es geht Ihnen eben nicht um Rechtsklarheit, sondern einzig um Ihren politischen Klamauk.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Einerseits wollen Sie die Landesregierung in der vollen Verantwortung sehen, andererseits ihr aber nicht das Recht zur Überprüfung der ergangenen erstinstanzlichen Entscheidung zubilligen. So vergessen Sie einfach zu erwähnen, dass das Land in diesem Verfahren entgegen üblicher Gepflogenheiten eben nicht beigeladen wurde und damit überhaupt nicht an dem Rechtsstreit beteiligt gewesen ist.

(Christian Dahm [SPD]: Das hätten Sie doch machen können!)

Wenn das Land nun einen Antrag auf Beiladung stellen möchte, setzt dies aber voraus, dass das Verfahren noch nicht rechtskräftig abgeschlossen ist. Es muss also ein Rechtsmittel eingelegt werden, damit das Land überhaupt eine Überprüfung des Urteils herbeiführen kann.

Also, liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, wenn Sie sich auf den Rechtsstaat berufen, muss es doch auch in Ihrem ureigenen Interesse liegen,

(Zuruf von der SPD)

dass wir hier Rechtsklarheit durch Entscheidung unseres obersten Verwaltungsgerichts des Landes erhalten.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Vor diesem Hintergrund fordere ich Sie von Rot und von Grün auf: Hören Sie endlich mit den unhaltbaren Vorwürfen auf! Beenden Sie diesen Klamauk, so dass wir uns den wirklich wichtigen Themen unseres Landes widmen können, wie zum Beispiel der Diskussion um die Formulierung einer neuen Leitentscheidung! – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege Schrumpf. – Für die FDP spricht nun der Abgeordnete Paul.

Stephen Paul (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am Weikensee in Hamminkeln ist der Bagger. Drei von vier schmucken Häusern in schönster Seelage und mit Reetdach werden abgerissen. Der Grund: Sie wurden ohne Genehmigung gebaut.

In Krefeld sollte eine Tierpension abgerissen werden. Die Gebäude waren vor Jahrzehnten ohne Genehmigung, teilweise sogar im Landschaftsschutzgebiet, errichtet worden.

(Zuruf von der SPD: Richtig so!)

Um das Wohnen im Mehrfamilienhaus für seine Mieter attraktiv zu machen, hat ein Ehepaar in den letzten Jahren viel Geld in die Modernisierung gesteckt – fast 180.000 Euro. Auch die alte Dame, die Mieterin oben unterm Dach, sollte es schön haben. Wie schon in den unteren Etagen hatten die Vermieter ihr dort einen Balkon bauen lassen. – Christian Dahm, du merkst: Ich spreche von Herford.

Allerdings waren dieser An- und Umbauten am Dach illegal. Es hat keine Baugenehmigung gegeben. Die Stadt Herford, der sozialdemokratische Bürgermeister, bestand auf dem Rückbau des nicht genehmigten Balkons mitsamt der Dachgaube.

(Christian Dahm [SPD]: Zu Recht!)

Die alte Dame guckt wieder aus dem Fenster.

In einigen Städten fahndet man heute sogar per Luftbild nach ungenehmigten Gebäuden, Anbauten, Garagen und Schuppen.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] – Christian Dahm [SPD]: Darum geht es doch gar nicht!)

Ist ein Gebäude nicht genehmigt und in der bestehenden Form auch nicht genehmigungsfähig, erhalten die Eigentümer meist sehr schnell eine Abrissverfügung. Das ist immer bitter, wenn es sich nicht um einen entbehrlichen Anbau, sondern um das jahrelang genutzte Wohnhaus handelt.

In unserem Bauordnungsrecht ist das eben so: Bei illegalen baulichen Anlagen kann unter bestimmten Umständen sogar der Abriss verfügt werden. Schwarzbau ist Schwarzbau ist Schwarzbau – ich zitiere damit Mona Neubaur und Wibke Brems,

(Zurufe von der FDP und der CDU: Oh!)

die das vor wenigen Tagen in einer Pressemitteilung zum Steinkohlekraftwerk Datteln 4 gesagt haben. – Soll das denn im Hambacher Forst anders sein?

(Beifall von der FDP und der CDU)

Dort stehen seit gut zehn Jahren Dutzende rechts- und links- nicht genehmigte bauliche Anlagen.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Dort wohnen Menschen über Wochen, über Monate, über Jahre am Boden, in zehn, in 15, in 20 m Höhe ohne ausreichende Sicherung, ohne sich an irgendwelche baulichen Vorschriften zu halten – etwa hinsichtlich des Brandschutzes.

(Zuruf von der SPD: Wann räumt ihr da?)

Wie die vielen anderen Millionen Bürgerinnen und Bürger unseres Landes darüber denken, das können Sie sich sicher vorstellen.

(Beifall von der FDP)

Die heizen da oben mit Holzkohleöfen.

(Christian Dahm [SPD]: Darum geht es doch gar nicht!)

Noch im Januar dieses Jahres – das ist eben schon angesprochen worden – ist dort ein 32-jähriger Mann in einer verzweiferten Lage: Er ist oben; sein Baumhaus brennt; die Löscharbeiten dauern stundenlang. Die Feuerwehr kommt erst gar nicht zu ihm durch. Barrikaden der Besetzer behindern die Löscharbeiten.

Sein Holzofen hatte das verheerende Feuer ausgelöst. Schließlich kam er mit schweren Verbrennungen ins Krankenhaus. Er musste dort intensivmedizinisch behandelt werden. Später stellte sich dann noch heraus, dass er bereits seit Längerem per Haftbefehl gesucht wird. Das war wahrlich nicht der erste von den Besetzern ausgelöste Brand im Hambacher Forst, mitten im Wald. Einen Monat zuvor, im Dezember 2020, fängt das Zelt der sogenannten Mahnwache sogar Feuer und brennt nieder.

Natürlich ist der Hambacher Forst ein Symbol für einen Konflikt, für ein Ringen um die Energieversorgung der Zukunft oder einfach um die Frage: Welchen Eingriff in die Landschaft wollen wir für die Gewinnung von Kohle für Strom als Gesellschaft akzeptieren? Längst ist das auch entschieden. Der Hambacher Forst bleibt, jedenfalls das, was von ihm noch übrig ist, diese rund 200 ha, etwa 10 % der ursprünglichen Größe.

Lassen wir für diesen Moment diese politische Dimension einmal beiseite. Wer möchte denn mit Blick in unsere Bauordnung ernsthaft bestreiten, dass es mit den Baumhäusern und selbst mit den bodennahen Hütten so nicht geht, auch nicht im Hambacher Wald?

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Dort mangelt es an Brandschutz, dort fehlt es an Standsicherheit und eigentlich an allem, was wir sonst von Bauwilligen in unserem Land erwarten. Wer möchte hier heute im Landtag ernsthaft bestreiten, dass es auf den Baumhäusern und Brücken in schwindelerregender Höhe echte Gefahr für Leib und Leben der Menschen gibt, die sich dort aufhalten?

(Beifall von der FDP und Josef Hovenjürgen [CDU])

Kennen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Video des Steffen Meyn, das dieser kurz vor seinem tödlichen Sturz aus wohl 25 m Höhe aufgenommen hat? – Der junge Journalist filmte, wie Rettungskräfte einen anderen sogenannten Aktivisten von den Bäumen holten. Ich habe mir diese Videoaufnahme gestern noch einmal angesehen. Man erahnt beim Betrachten, in welcher schwindelerregenden Höhe sich die Menschen dort mutwillig aufhalten und wie gefährlich diese ganzen Umstände in Wirklichkeit sind. Dies gilt auch für die Rettungskräfte, die dort ihre Gesundheit riskieren müssen, weil die Besetzer dies in Kauf nehmen. Wenige Minuten nach dieser Videoaufnahme stürzt Steffen Meyn dann wohl von einer Verbindungsbrücke zwischen den Baumhäusern in den Tod.

Der Streit um den Hambacher Forst ist durch die Kohleeinigung längst befriedet. Der Konsens zwischen Bund, Ländern und Energieunternehmen bedeutete das Ende der Rodung. Den Gewalttätern, den radikalen Aktivisten scheint dies jedoch nicht zu genügen. Noch am Tage der Kohleeinigung brannte es dort wieder. Eine Barrikade auf der Landstraße steht in Flammen. Mitarbeiter unserer Rheinisch Westfälischen Elektrizitätswerke werden angegriffen. Zwischen den Bäumen heraus kommen die Gewalttäter gerannt, schießen mit Zwillen, werfen mit Steinen und Brandsätzen auf die Beschäftigten der RWE AG.

Die Aktivisten veröffentlichen ihre damit verbundene Kampfansage. Ich zitiere:

„Wir schlagen deshalb vor, die subversive Energie über den Hambacher Forst hinauszutragen.“

Spätestens jetzt muss doch hier jeder von uns einen gesunden Abstand zu dem radikalen Geschehen im Hambacher Forst suchen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Paul. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Scharrenbach.

Ina Scharrenbach^{*)}, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gleich zu Beginn möchte ich mit ein paar Mythen, die heute wieder Gegenstand der Aktuellen Stunde sind, aufräumen.

Zum einen haben wir keine gesellschaftliche Auseinandersetzung mehr. Der Hambacher Forst bleibt stehen. Der Kohleausstieg aus der Braunkohle bis 2038 ist beschlossen. Deshalb ist die gesellschaftliche Auseinandersetzung, die Sie, Herr Abgeordneter Dahm, als Anlass für Ihre Rede genommen haben, nicht mehr da; sie ist befriedet.

(Beifall von der CDU – Christian Dahm [SPD]: Aber nicht von Ihnen, sondern durch die Leitentscheidung!)

Sie haben im Rahmen der Vorgängerregierung eine Leitentscheidung getroffen und Gleise für den weiteren Abbau der Braunkohle gelegt. Mit eingeschlossen in diese Entscheidung war auch, dass der Hambacher Forst hätte gerodet werden sollen, um an die Braunkohle zu kommen.

Die nachfolgende Landesregierung aus CDU und FDP hat insofern eine Weiche eingezogen und gesagt: Nein, diese Leitentscheidung setzen wir nicht fort, sondern wir steigen aus Klimaschutzgründen aus der Verstromung von Braunkohle aus. Das ist das, was Ministerpräsident a. D. Laschet hier hinterlässt, und nicht das, was Sie hier vertont haben.

(Beifall von der CDU und der FDP – Stefan Kämmerling [SPD]: Bleiben die Häuser denn jetzt stehen?)

Zweiter Punkt. Herr Abgeordneter Dahm, Sie haben der Landesregierung vorgeworfen, eine Wirkung erzielt zu haben. Sie verwechseln Ursache und Wirkung. Eines haben wir als Landesregierung immer deutlich gemacht, wenn es um den Hambacher Forst gegangen ist: Demonstrationen sind erlaubt, ja, gehören zu einer Demokratie dazu, Gewalt aber nicht.

Das zieht sich durch alle Debatten, die wir hier seit 2017 führen, und deswegen unterscheiden wir hier sehr deutlich: Die Ursache ist nicht die Landes-

regierung Nordrhein-Westfalen, sondern die Ursache sind gewaltbereite Demonstranten im Hambacher Forst.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dritter Mythos: juristische Winkelzüge. Unser Rechtsstaat, und er ist aus meiner Sicht – gestatten Sie mir eine persönliche Wertung – einer der besten dieser Welt, erlaubt in jedem Verfahren Rechtsmittel. Jeder, der in einem Verfahren beteiligt ist, hat das Recht, Rechtsmittel, die einem der Rechtsstaat bietet, auch zu nutzen.

Wenn man auf der einen Seite als Partei von einem gerichtlichen Verfahren betroffen ist, wie Sie das in einem anderen Bundesland waren, wo es um das Aufhängen von Plakaten ging, was ich hier schon gegenüber der Partei Bündnis 90/Die Grünen verurteilt habe, und ein Verwaltungsgericht in Chemnitz sagt, nein, diese Plakate – einer aus meiner Sicht extremistischen Organisation gegen die Grünen – dürfen hängen bleiben, und Sie sich gegen dieses erstinstanzliche Urteil des Verwaltungsgerichts Chemnitz wenden und Rechtsmittel einlegen, dann ist es ein „guter“ Rechtsstaat.

Wenn aber eine Landesregierung sagt, mit einem erstinstanzlichen Urteil eines Verwaltungsgerichts sind wir nicht einverstanden, weil wir ernsthafte Zweifel an diesem Urteil haben, und Rechtsmittel einlegt, dann sind das „schlechte“ Rechtsmittel und juristische Winkelzüge? – Das passt in der Wertung nicht zusammen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Jochen Ott [SPD]: In der Klausur würde man schreiben, der Sachzusammenhang fehlt! – Ralph Bombis [FDP]: Nein, es ist ein logischer Zusammenhang! Es gibt keinen „guten“ und „schlechten“ Rechtsstaat! – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] – Weitere Zurufe – Glocke – Ralph Bombis [FDP]: Rechtsstaat ist Rechtsstaat! – Weitere Zurufe)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Moment hat für die Landesregierung Frau Ministerin Scharrenbach das Wort, und zwar hier vorne.

(Weitere Zurufe von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Ina Scharrenbach*, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Ich kann es ja nachvollziehen, dass Ihnen aus der Opposition heraus beispielsweise die Argumentation des Abgeordneten Paul nicht zusagt, der ich mich im Übrigen vollumfänglich anschließe, weil er deutlich gemacht hat: Bauordnungsrecht ist unteilbar. Er hat

deutlich gemacht: Wenn Bauordnungsverfügungen aus Gefahrenabwehrrecht, und das ist das Bauordnungsrecht ja, gegen – in Anführungszeichen – „friedvolle, normale Bürgerinnen und Bürger“ erteilt werden, dann wird das hier hingenommen.

(Stefan Kämmerling [SPD]: Wann räumen Sie denn jetzt?)

Dann wird gesagt, das ist die Durchsetzung eines Rechts.

(Stefan Kämmerling [SPD]: Aber die Häuser stehen doch da jetzt!)

Wenn man aber an anderer Stelle, wo es möglicherweise bei Ihnen politisch zu Diskussionen führt, sagt, illegale errichtete Baumhäuser sind nicht anders zu behandeln –

(Stefan Kämmerling [SPD]: Aber die stehen doch immer noch da!)

egal, von Menschen sie errichtet worden sind –, dann sagen Sie: Nein, das ist Unrecht.

(Gordan Dudas [SPD]: Die Häuser stehen immer noch da!)

Das ist etwas, wofür wir letztendlich hier werben: dass Recht, dass Rechtsstaat gleich ist und nicht ungleich.

(Beifall von der CDU und der FDP – Stefan Kämmerling [SPD]: Die Häuser stehen doch da!)

Die Landesregierung hat ernstliche und durchgreifende Zweifel an der Richtigkeit des Urteils des Verwaltungsgerichts in Köln.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Und zur Beiladung: Sie wissen, dass wir als Landesregierung im September 2018 bei allen Verfahren, die da gelaufen sind, die Beiladung von vornherein beantragt haben. In diesem Fall ist das durch das Verwaltungsgericht Köln nicht erfolgt – warum, entzieht sich meiner Kenntnis.

(Christian Dahm [SPD]: Dann machen Sie sich mal sachkundig!)

Mangels Beiladung vermögen wir deshalb als Land derzeit jedoch nicht eine obergerichtliche Prüfung des Urteils selbst herbeizuführen. Das funktioniert nicht. Eine Beiladung des Landes zum verwaltungsgerichtlichen Verfahren setzt nämlich ein anhängiges Verfahren voraus und ist nur zulässig, solange das Verfahren noch nicht rechtskräftig abgeschlossen oder in höherer Instanz anhängig ist.

Da der Hambacher Forst den Zuständigkeitsbereich verschiedener unterer Bauaufsichten betrifft, haben wir schon alleine als oberste Bauaufsichtsbehörde ein Interesse daran, hier eine obergerichtliche Klärung herbeizuführen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das machen wir nachher in der Fragestunde!)

Deshalb auch ein Mythos, den Sie, Herr Abgeordneter Dahm, dargelegt haben: Kerpen wollte nicht und wir hätten angewiesen. – 2018, ja. Aber der Abgeordnete Schrumpf hat Ihnen auch deutlich gemacht, dass es in Ihrer Regierungszeit auch schon unterschiedliche Auffassungen gegeben hat und insofern damals die oberste Bauaufsichtsbehörde entgegen der Interessenlage, die möglicherweise in Ihrer Landesregierung bestanden hat, die andere Bauaufsichtsbehörde angewiesen hat, ihre Meinung zu ändern.

(Christian Dahm [SPD]: Aber Kerpen will immer noch nicht!)

Insofern, glaube ich, sollten Sie da ein bisschen mehr die Thematik in der Summe betrachten und dann für sich zu einem Urteil kommen.

Die Stellung des Antrages auf Zulassung der Berufung durch die Stadt Kerpen dient insofern einer verbindlichen obergerichtlichen Klärung der im Urteil des Verwaltungsgerichts Köln aufgeworfenen Rechtsfragen. Daran müssen wir alleine schon ein Interesse haben, weil eben mehrere Sachbereiche betroffen sind.

Abschließend gestatten Sie mir bitte noch Folgendes: Sie sind eingegangen auf die Windenergie. Ich versuche, das in einen größeren Kontext zu fassen. Wir haben gemeinsam die große gesellschaftliche Aufgabe, die Energiewende, und zwar Strom- und Wärmewende, zu gestalten hin zu einer CO₂-ärmeren, CO₂-freieren Produktion. Wir sind in Nordrhein-Westfalen – das betone ich noch mal – bei der Windenergie auf Platz 3 aller Bundesländer, was den Ausbau in den ersten neun Monaten dieses Jahres angeht – und das als das am dichtesten besiedelte Bundesland.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Wir brauchen auch hier am meisten Energie!)

Frau Brems, Sie können nicht ernsthaft Schleswig-Holstein mit Nordrhein-Westfalen vergleichen. Das können Sie nicht ernsthaft tun, auch wenn Ihnen das möglicherweise politisch passt. Wir als Landesregierung Nordrhein-Westfalen stellen die Weichen für eine CO₂-ärmere, CO₂-freiere Stromproduktion genauso wie bei der Wärmeproduktion. Ich werbe immer dafür – das wissen Sie – unter den drei Kautelen: sicher, sauber und bezahlbar.

Deswegen hat das Einlegen von Rechtsmitteln, die uns unser Rechtsstaat eröffnet, dem Grunde nach mit der Frage der Umsteuerung in der Energieversorgung wirklich gar nichts zu tun, sondern es geht hier darum, eine obergerichtliche Klärung von Fragen herbeizuführen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Körfges.

Hans-Willi Körfges (SPD): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mich beschleicht bei der bisherigen Debatte das Gefühl, dass die Rednerinnen und Redner der regierungstragenden Fraktionen und auch die verehrte Frau Ministerin alles andere gemacht haben – aber die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Köln haben Sie offensichtlich nicht gelesen.

(Beifall von der SPD und Josefine Paul [GRÜNE])

Ich will an der Stelle auch auf die verpasste Gelegenheit deutlich hinweisen, dass Sie aus der selbst angereicherten Malaise gesichtswahrend hätten herauskommen können, wenn Sie, statt die Stadt Kerpen mittelbar anzuweisen, in die Berufung zu gehen, dazu beigetragen hätten, diesen immer noch schwellenden gesellschaftlichen Konflikt zu beenden, indem Sie sich der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Köln beugen würden.

(Beifall von der SPD)

Ich will – und das richtet sich jetzt nicht nur an die Bauministerin, sondern auch an die Kommunalministerin – ganz deutlich betonen: Ist es tatsächlich kommunalfreundliches Verhalten, wenn Sie eine Kommune dazu zwingen, weil Sie selber die richtige Stelle verpasst haben, in die Berufung zu gehen? Oder widerspricht das nicht unserem Gedanken von der kommunalen Selbstverwaltung, unabhängig davon, wie in einem Rat die Mehrheit zustande gekommen ist?

(Beifall von der SPD)

Hier wird mit Legenden aufgeräumt. Dafür bin ich auch, zum Beispiel mit der gebetsmühlenartig wiederholten Behauptung, man hätte ja, mathematisch gesehen, ein paarmal gewonnen und nur einmal verloren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, das ist jetzt kein juristisches Hochreck, das ist Grundstudium öffentliches Recht: Wenn Sie hier permanent den vorläufigen Rechtsschutz als Gegenargument gegen ein Urteil bemühen, dann müssen Sie sich mit den Grundlagen des Verwaltungsrechts offensichtlich noch einmal vertraut machen.

(Beifall von der SPD)

Das alles war ja schon von Anfang an absehbar.

Klar, Kerpen wollte eigentlich nie. Ich kann Ihnen nur sagen, ich bin da ganz nahe bei der Stadt Kerpen und auch beim Verwaltungsgericht Köln. Das adelt unseren Rechtsstaat: Wir haben einen Rechtsstaat, der, wenn unmittelbarer Zwang angewandt werden soll, darauf besteht, dass es eine verlässliche

rechtliche Ermächtigungsgrundlage gibt. Da haben die Stadt Kerpen und das Verwaltungsgericht Köln recht. Das Baurecht für den größten Polizeieinsatz in der Geschichte unseres Landes zu bemühen, war, ist und bleibt ein Irrweg.

(Beifall von der SPD)

Nächste Legende. Es ist – ich erlaube mir diesen Ausdruck – übelste Demagogie, all diejenigen, die Ihr Vorgehen kritisieren, quasi in einen Topf mit Rechtsbrechern zu werfen, die widerrechtliche Aktivitäten im Hambacher Forst betreiben.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Darum geht es nicht. Das ist ein übles Ablenkungsmanöver.

(Beifall von der SPD und Norwich Rüße [GRÜNE] – Zuruf von Ralph Bombis [FDP])

Sie wollen diejenigen, die Ihre juristisch total fragwürdige Handlungsweise infrage stellen, durch dieses Nahebringen an Straftäter diskriminieren und diffamieren. Das lassen wir uns nicht gefallen!

(Beifall von der SPD – Zuruf von Ralph Bombis [FDP] – Stefan Kämmerling [SPD]: Herr Bombis, das ist eine Fachdiskussion! Jetzt mal Ruhe!)

Ich will außerdem mit großer Spannung abwarten,

(Bodo Löttgen [CDU]: Hört, hört!)

was das Oberverwaltungsgericht jetzt dazu sagt, wer denn dazu berechtigt ist, ein Rechtsmittel einzulegen.

(Bodo Löttgen [CDU]: Warum beantragen Sie eine Debatte, wenn Sie das abwarten wollen? – Zuruf: Ja, genau! – Zuruf von Ralph Bombis [FDP] – Hans-Willi Körfges [SPD] nimmt einen Schluck aus seinem Wasserglas.)

– Ich muss mir gerade ein bisschen Speichelfluss besorgen, weil ich noch ein paar Dinge zu sagen habe.

(Heiterkeit von der SPD, den GRÜNEN und Bodo Löttgen [CDU])

Eines will ich Ihnen ins Stammbuch schreiben.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Wer die Verwaltungsgerichtsordnung auch nur überschlägig liest – so nach dem Motto „Ein Blick ins Gesetz erleichtert die Rechtsfindung“ –, wird in § 65 feststellen, dass man einen Antrag stellen kann, wenn man beigeladen werden möchte. Das hat diese Landesregierung ganz offensichtlich nicht getan.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: So ist es!)

Ihr eigenes Versäumnis jetzt auf dem Rücken einer Kommune, der die kommunale Selbstverwaltung

zusteht, austragen zu wollen, ist feige. Das sind juristische Winkelzüge!

(Beifall von der SPD – Jochen Ott [SPD]: So ist es! – Zuruf von Stefan Kämmerling [SPD])

Frau Ministerin, das passiert so in etwa nach der Methode: Sei nicht feige, lass mich hinter den Baum.

(Heiterkeit von der SPD, Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] und Norwich Rüße [GRÜNE])

Erst Kerpen in die Nummer reinlaufen lassen, sich dann über ein Urteil empören und anschließend nicht respektieren, dass es dort eine andere Ratsmehrheit gegeben hat!

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: So ist es! – Bodo Löttgen [CDU]: Trinken Sie noch mal was, Herr Körfges!)

Nun warte ich darauf, dass die Frage geklärt wird – insoweit dient das zwar in gewisser Weise der Rechtsfortbildung; das ist aber nicht mir eingefallen, das habe ich aus berufenerem Munde –, ob Sie die Entscheidung einer selbstständigen Kommune tatsächlich als Nicht-Beigeladene, die sich um die Beiladung auch nicht bemüht hat, dadurch umdrehen können, dass Sie jetzt über den Kreis eine Anweisung ausbringen. Darauf bin ich wirklich gespannt. Für diese Situation tragen Sie die Verantwortung.

Herr Reul hat das im Innenausschuss ja auch clever gemacht und gesagt: Das Baurecht ist nicht meine Materie. – Er ist insoweit ein bisschen aus der Schusslinie.

(Heiterkeit von der SPD – Sven Wolf [SPD]: Das hat er in der Tat gesagt, Frau Scharrenbach!)

Aber die Bauministerin, die Landesregierung insgesamt: Sie tragen für diese Situation die politische Verantwortung.

(Beifall von der SPD)

Wenn das wieder danebengehen sollte, wenn Sie mit Anlauf wieder in eine vorhersehbare schwierige juristische Situation reinlaufen, dann erwarte ich von Ihnen, Frau Scharrenbach, dass Sie aus dieser politischen Verantwortung, die Sie mit dieser Berufungskiste freiwillig übernommen haben, auch die notwendigen Konsequenzen ziehen.

(Zuruf von Ralph Bombis [FDP])

Daran werden wir Sie erinnern, wenn es an der Zeit ist.

(Christian Dahm [SPD]: Das ist dann aber nah an der Landtagswahl!)

Ich sage Ihnen eines: Es gibt diesen Dunning-Kruger-Effekt.

(Heiterkeit von der SPD)

Das ist die Selbstüberschätzung von Menschen, die meinen, alles besser zu wissen.

(Zuruf von Marc Blondin [CDU])

Es geht hier doch nicht um die Klärung irgendwelcher grundsätzlichen Fragen. Es geht hier darum, dass Sie mit einer Niederlage nicht umgehen können. Das ist die pure Arroganz der Macht.

(Lebhafter Beifall von der SPD – Ralph Bombis [FDP]: Geht es noch ein bisschen dicker? – Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Ich glaube, das merken auch die Bürgerinnen und Bürger. Ich empfehle Ihnen nur mal einen Blick in die aktuelle Presse zu der Frage, für wie sinnvoll es die Öffentlichkeit hält, dass Sie die Anweisung zur Berufung gegeben haben.

Sie haben die Suppe angerührt, Sie werden die Suppe auslöffeln müssen. Und ich wünsche der Stadt Kerpen, ich wünsche den Bürgerinnen und Bürgern, dass es in der Angelegenheit ...

(Zuruf von Ralph Bombis [FDP])

– Ich freue mich immer über inkompetente Zwischenrufe.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD – Lachen von Ralph Bombis [FDP])

Diese geben mir normalerweise die Gelegenheit, noch mal aus der Hüfte ein bisschen zurückzuschlagen.

(Zurufe von Ralph Bombis [FDP] und Henning Höne [FDP])

An der Stelle haben Sie sich die Suppe eingebrockt, und Sie werden sie auslöffeln müssen, meine Damen und Herren.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Hans-Willi Körfges (SPD): Die politische Verantwortung trägt diese Landesregierung.

(Henning Höne [FDP]: Die Redezeit ist abgelaufen!)

Wir werden sie daran erinnern. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall von der SPD – Beifall von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Körfges. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Kollegin Brems.

Wibke Brems^{*)} (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch ich möchte noch einmal auf die Fragen und Aspekte

eingehen, die eben aufgeworfen wurden, vor allen Dingen auf das entsprechende Urteil des Verwaltungsgerichts Köln vom 8. September 2021. Es wurde schon an unterschiedlichen Stellen dargestellt – Frau Ministerin Scharrenbach ist auch darauf eingegangen –, dass es bisher mehrere Urteile gegeben hat, die sich mit dem Hambacher Wald und allem, was damit zusammenhängt, beschäftigen, unter anderem damit, wie dort bei der Räumung vorgegangen worden ist. Es ist aber das erste Urteil, das sich im Detail mit der Weisung und der Begründung auseinandersetzt. Deshalb ist es schon etwas Besonderes.

Sehr bemerkenswert fand ich Ihre Äußerung, Frau Ministerin, dass man nicht beigeladen wurde. Ich glaube, Sie wissen selbst sehr gut, dass die Landesregierung selber einen Antrag auf Beiladung hätte stellen können. Es wäre für die Landesregierung in der Zeit zwischen der Kenntnis des Urteils und der Rechtskraft wirklich genug Zeit gewesen, diesen Antrag zu stellen. Sie haben es aber nicht gemacht. Das ist doch die Frage, um die es hier geht.

Sie haben bereits 2018, als die Stadt Kerpen selber nicht aktiv werden wollte, die Stadt Kerpen angewiesen. Deswegen stand die Stadt Kerpen vor Gericht. Jetzt, da es vor Ort einen Ratsbeschluss zum Zurückziehen der Berufung gibt, gehen Sie rein und weisen wieder an, statt an anderer Stelle, an der Sie selbst hätten aktiv werden können, aktiv zu werden.

Ich finde, dass das sehr viel über Ihren anscheinend mangelnden Respekt vor der kommunalen Selbstverwaltung aussagt. Das ist gerade für eine Kommunalministerin doch bemerkenswert und auch erschreckend.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich möchte auch noch einmal auf Ihre Äußerung eingehen, Frau Ministerin, es gebe keine Auseinandersetzungen mehr. Ehrlich gesagt, nehme ich das schon anders wahr. Ich nehme das auch vor Ort und in den Dörfern anders wahr. Die Menschen in den Dörfern warten immer noch darauf, zu erfahren, was ihre Perspektive ist. Sie haben gestern Aussagen vom Herrn Ministerpräsidenten gehört. Aber mehr wissen sie jetzt immer noch nicht. Da gibt es natürlich eine klare Auseinandersetzung politischer Art. Diese Auseinandersetzung müssen wir doch führen und sollten wir deswegen auch hier führen.

Ein weiterer Aspekt ist folgender: Der Hambacher Wald ist immer noch nicht in öffentlichem Besitz. Erst wenn das der Fall ist – das habe ich gerade schon einmal deutlich gemacht –, gibt es eine Lösung. Die gibt es dann aber auch. Dann gäbe es nämlich keinen Grund mehr, den Hambacher Wald zu besetzen. Dann könnte dort Ruhe einkehren.

Das sind doch die breiten Brücken, die jetzt vor Ihnen stehen. Die Frage ist ja, ob Sie über diese breiten Brücken gehen, das Gerichtsurteil anerkennen, den

Hambacher Wald in öffentlichen Besitz überführen und endlich dort für Ruhe sorgen. Das ist Ihre Verantwortung. Diese Möglichkeit besteht jetzt. Es ist Ihre Entscheidung, ob Sie über diese Brücken gehen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Brems. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Paul.

Stephen Paul (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum Ende der Debatte können wir feststellen: Es gibt hier niemanden, der bezweifelt, dass die illegalen Bauten am Boden und auf den Bäumen ein glatter Verstoß gegen die Eigentumsrechte im Forstgebiet und gegen das Baurecht bei uns in Nordrhein-Westfalen sind.

Wir Freien Demokraten haben gemeinsam mit den CDU-Kollegen in der NRW-Koalition immer klargemacht: Das Bauordnungsrecht gilt überall im Land, auch im Hambacher Forst. Daran darf es und daran wird es keinen Zweifel geben.

(Beifall von der FDP und der CDU – Christian Loose [AfD]: Warum wird es nicht umgesetzt?)

Denn viele Hunderttausend Haus- und Grundeigentümer und viele weitere rechtschaffene Bürgerinnen und Bürger schauen hier auch zu. Da waren wir als Rechtsstaatspartei immer klar.

Wenn das Verwaltungsgericht Köln, Frau Kollegin Brems, das mit der Räumung auch anders sieht: Am fehlenden Brandschutz, an der mangelnden Standsicherheit und an der Illegalität der baulichen Anlagen hat das Verwaltungsgericht Köln nie einen Zweifel gelassen. Wer daran noch Zweifel hat, dem empfehle ich, den Beschluss des VG Köln vom 13. September 2018 noch einmal zu lesen.

Daher war die Stadt Kerpen ja auch bereit, beim Oberverwaltungsgericht Münster gegen den aktuellen Beschluss des VG Köln in Berufung zu gehen. Es war lediglich eine rot-grün-linke Ratsmehrheit – Herr Loose, die FDP hat da nicht mitgestimmt –, die verhindern wollte, dass die Stadt aktiv wird.

Die Anweisung unserer Kommunal- und Bauministerin Ina Scharrenbach ist daher konsequent und von uns im Landtag nur zu begrüßen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Doch, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir merken auch in der heutigen Debatte, dass hier längst ein ganz anderes Spiel läuft. Die Gewalt und die baurechtliche Illegalität, die von radikalen Besetzern im Hambacher Forst ausgehen, sollen umgedeutet werden.

Die SPD-Landtagsfraktion hat am 27. Oktober 2021, also vor wenigen Tagen, eine Pressemitteilung verschickt. Darin lassen sich zwei von mir sehr geschätzte Abgeordnete wie folgt zitieren:

„Tausende Polizistinnen und Polizisten sind unrechtmäßig in den größten und – noch viel schlimmer – sinnlosen Einsatz geschickt worden. Die Beamtinnen und Beamten sind bespuckt, beschimpft, mit Fäkalien beworfen worden und sogar beschossen – nur wegen der Sturheit dieser Landesregierung.“

Merken Sie nicht, liebe Kollegen, dass Sie damit den Gewalttätern voll auf den Leim gehen?

(Beifall von der FDP und der CDU – Sven Wolf [SPD]: Wenn man sich an die Seite der Polizei stellt?)

Die Grünen haben da noch nie Hemmungen gehabt. Man hat ja fast den Eindruck, dass Sie von den Grünen mit der Bedrohung aus dem Wald spielen und damit Ihre Politik betreiben. 2018, als der Konflikt auf dem Höhepunkt war, verlegten Sie Ihren Landesparteierrat – wenn ich es richtig sehe, das zweithöchste Gremium Ihrer Landespartei – kurzerhand an den Brennpunkt. Eigentlich wollte man wohl in der Bochumer Jahrhunderthalle tagen. Aber das wäre ja auch zu langweilig gewesen. Daher lud man – ich zitiere aus der Einladung der Grünen – „an die Abbruchkante am Hambacher Wald“ ein. So steht es in Ihrer eigenen Einladung. Aus der Gremiensitzung wird ein Happening. Es geht um Effekte, um Bilder, um Gefühle. Der Konflikt soll angeheizt werden. Und bevor der Hambacher Forst zur Ruhe kommen könnte, beantragt man dann heute eine Aktuelle Stunde, um die Waldesstille erneut zu brechen.

Für uns Freie Demokraten möchte ich noch einmal sagen: Die Landesregierung hat aus voller Überzeugung unsere Rückendeckung. Sie tut alles, um den gesellschaftlichen Konflikt zu beruhigen, die Energieversorgung unseres Landes auch in Zukunft sicherzustellen und die rechtsstaatlichen Verhältnisse im Lande zu bewahren und, wo nötig, wiederherzustellen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Paul. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt Herr Kollege Hovenjürgen.

Josef Hovenjürgen (CDU): Frau Präsidentin! Meine Kolleginnen und Kollegen! Ich bin dem Kollegen Paul für seine sehr ausgewogene, abgewogene Rede sehr dankbar. Das sollte uns in diesem Hause eigentlich alle einlenken. Das Recht in diesem Land gilt für jedermann und jedefrau.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Auch für die Landesregierung!)

Insofern ist es sinnvoll, Herr Körfges, dass wir gemeinsam für dieses Recht eintreten. So, wie Sie es dargestellt haben, war es nicht. So, wie Sie die Sachverhalte dargestellt haben, ist es schwierig, einen gemeinsamen Weg zu finden, diesen Sachverhalt zu befrieden.

In seiner Regierungserklärung hat der Ministerpräsident gestern ein eindeutiges Angebot gemacht, diese Wege zu beschreiten. Ich habe heute in der Oppositionsrhetorik noch nicht vernommen, dass man wirklich bereit ist, so einen Weg gemeinsam zu gehen. Wir laden aber noch einmal ausdrücklich dazu ein.

Ich kann nur noch einmal sagen: Den Rechtsstaat gilt es zu verteidigen. Dazu gehört, dass Eigentum zu respektieren ist und dass Bauordnungen und ähnliche Rechtsnormen einzuhalten sind. Sie gelten gegen jedermann und jedefrau und müssen dann auch angewandt und umgesetzt werden.

Wenn wir bezüglich der Motivation, warum man sich wo aufhält, Unterschiede dahin gehend machen, etwas tun zu dürfen, das rechtlich nicht korrekt ist, dann beginnen wir, den Rechtsstaat auszuhöhlen. Wir sollten es uns gemeinsam ersparen, diesen Weg weiter zu beschreiten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deswegen noch einmal: Wer es mit unserem Rechtsstaat ernst meint, wer es damit ernst meint, dass wir ihn zur Durchsetzung bringen wollen, weil wir ihm gemeinsam verpflichtet sind, der muss das Recht auch gegen jedermann und jedefrau gelten lassen.

Nicht mehr und nicht weniger haben die Landesregierung und die koalitionstragenden Parteien hier vorgetragen. Dabei bleiben wir. Wir laden Sie herzlich ein, Konflikte zu lösen, anstatt Konflikte zu schüren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Hovenjürgen. – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kollege Loose.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Paul, Sie sagten, hier seien sich ja alle einig, dass das illegale Bauten sind. Herr Hovenjürgen sagte etwas Ähnliches. Aber warum setzt die Landesregierung das Recht dann nicht um? Das ist doch die entscheidende Frage.

Frau Ministerin, wir haben von Ihnen wieder nicht gehört, was Sie gegen die Extremisten im Hambacher Forst tun werden. Sie sagten sogar, dass die Lage

befriedet sei. Aber die Anschläge gehen doch weiter. Vor Ort ist nichts befriedet. Weiterhin gibt es Brandanschläge von diesen Kriminellen.

Deshalb frage ich Sie: Was werden Sie gegen die Kriminellen tun? Werden Sie sie weiter im Forst dulden? Werden Sie weiter dulden, dass Kriminelle Brandanschläge auf das Stromnetz verüben? Werden Sie weiter dulden, dass Steine auf RWE-Mitarbeiter geworfen werden? Sind die Mitarbeiter von RWE aus Ihrer Sicht weniger wert als die Kriminellen im Forst? Schließlich dulden Sie die Verbrechen gegen die Mitarbeiter von RWE seit Jahren.

Als Ministerin müssen Sie einmal eine Entscheidung treffen, vielleicht in Zusammenarbeit mit Herrn Reul. Die Bürger wollen nicht, dass die Probleme immer ausgesessen werden. Dass das Extremismusproblem im Hambacher Forst groß ist, sieht man an den Berichten des Verfassungsschutzes. Dort sieht man all die Angriffe auf die Polizisten, auf die Mitarbeiter und auf die Infrastruktur des Stromnetzes. Frau Ministerin, handeln Sie endlich!

(Beifall von der AfD)

Die Grünen werfen – das haben wir heute auch wieder gehört – der Landesregierung vor, diese habe Schuld am Tod eines Bewohners. Meine Damen und Herren, die Verantwortlichen vor Ort haben die Bewohner bei der Räumung über Lautsprecher in mehreren Sprachen – in mehreren Sprachen! – aufgefordert, das Gebiet friedlich zu verlassen. Die Polizisten sind mit Hubwagen gekommen, sind dort hochgefahren und haben den Bewohnern immer wieder angeboten, sie nach unten zu bringen. Das wollten die Bewohner aber nicht. Sie hatten schon im Vorfeld Wege von Baum zu Baum errichtet und die Baumanlagen wie Gefechtsstationen ausgebaut. Damit sind diese Bewohner in den Krieg gegen die Polizei, in den Krieg gegen den Rechtsstaat und damit auch in den Krieg gegen das deutsche Volk gezogen.

(Lachen von Josef Hovenjürgen [CDU] und Matthias Kerkhoff [CDU])

Jede Verantwortung von Verletzungen auf beiden Seiten tragen ausschließlich die Bewohner dieser Baumhäuser und in keinem Fall unsere Polizisten.

(Beifall von der AfD)

Die Polizisten machen dort einen Hammerjob. Es wird Zeit, dass wir ihnen auch einmal Danke sagen, meine Damen und Herren.

Verantwortung tragen aber auch Politiker wie Frau Düker, die in einen Tweet Braunkohle mit Nazis vergleicht. Verantwortung tragen auch Politiker wie Frau Esken, die twittert, dass sie Antifa sei. All diese Politiker bringen sich selbst in Verbindung mit den Kriminellen im Hambacher Forst, Herr Kollege von der SPD. All diese Politiker bringen sich selbst in Verbindung mit Verfassungsfeinden. Und all diese Politiker

arbeiten damit gegen unser Volk, gegen ihren eigenen Verfassungseid.

Meine Damen und Herren, wir müssen uns doch einmal anschauen, worum es beim Kampf der Extremisten überhaupt geht. Diese Extremisten wollen angeblich Dörfer erhalten – ein Dorf wie Lützerath, in dem es nur noch einen einzigen Eigentümer gibt; die gesamte restliche Dorfgemeinschaft hat sich bereits weiterentwickelt und ist umgesiedelt, der Großteil nach Immerath (neu). Die Extremisten kämpfen einen Kampf für einen Einwohner, der sich selbst außerhalb der Dorfgemeinschaft gestellt hat. Es gibt einen Eigentümer, aber 60 Kriminelle, die dort Baumhäuser errichten.

Es geht den Grünen auch nicht um den Erhalt von Flächen. Denn die Grünen wollen zusammen mit SPD und FDP 2 % der Flächen in Deutschland für Windindustrieanlagen opfern. 2 % hört sich wenig an; aber alle Seen – alle Seen! –, alle Kanäle, alle Flüsse und die Küstengewässer belaufen sich auf 2,3 % der Fläche Deutschlands, und sie wollen 2 % für Windindustrieanlagen opfern. Was meinen Sie, wie groß eigentlich die Fläche des Hambacher Tagebaus – nicht des Forstes, sondern des gesamten Hambacher Tagebaugesbietes einschließlich der Bereiche, in denen niemals etwas abgebaut wird – ist? Das sind 0,0238 % der Fläche Deutschlands.

Das heißt: Die Grünen wollen mehr als das 80-Fache der Fläche des gesamten Hambacher Tagebaus für Windindustrieanlagen opfern. Bereits jetzt sind übrigens schon 0,9 % der Fläche mit Windindustrieanlagen zugespargelt. Und 2 % der Fläche werden den Grünen am Ende gar nicht reichen; denn auch damit lässt sich keine zuverlässige Stromerzeugung in Deutschland herstellen.

Von den Windindustrieanlagen sind insbesondere die Menschen auf dem Land betroffen. Dafür werden zwar keine Häuser abgerissen. Aber immer mehr Menschen werden regelrecht von diesen Monsterrädern umzingelt. Das macht die Menschen krank und arm – krank von Schattenwurf und Infraschall, arm über den massiven Wertverlust ihrer Häuser.

Es wird Zeit, dass wir wieder Vernunft in die Energiepolitik bekommen. Braunkohle ist der einzige nennenswerte Rohstoff, der uns in Deutschland für die Stromerzeugung zur Verfügung steht. Sie ist zudem ein preiswerter Rohstoff. Es gibt nahezu keine Transportwege; die Kohle wird direkt von den Förderbändern zum Kraftwerk transportiert. Das ist eine nachhaltige Politik. Mit den saubersten Kraftwerken weltweit ist es auch eine umweltfreundliche Politik. Für Freiheit, Wohlstand und Vernunft! – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Loose. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Scharrenbach.

Ina Scharrenbach^{*)}, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Ich wiederhole es noch einmal: Die gesellschaftliche Auseinandersetzung im Hambacher Forst ist beendet. Sie ist beendet mit der Entscheidung des Bundes und der Länder, aus der Verstromung der Braunkohle auszusteigen. Sie ist beendet mit dem erfolgreichen Verhandeln der Landesregierung unter Ministerpräsident a. D. Laschet, den Hambacher Forst stehen zu lassen.

(Wibke Brems [GRÜNE]: Damit ist noch nicht alles gesagt!)

Sie sagen jetzt: Nein, diese gesellschaftliche Auseinandersetzung im Hambacher Forst ist nicht beendet. – Doch, sie ist beendet.

(Wibke Brems [GRÜNE]: Das entscheiden doch nicht Sie! – Josefine Paul [GRÜNE]: Das entscheidet die Gesellschaft!)

Wir würden uns als Landesregierung sehr freuen – vielleicht gelingt das jetzt ja –, wenn die im Landtag vertretenen demokratischen Fraktionen von CDU, FDP, SPD und Grünen einen gemeinsamen Aufruf mit der Landesregierung machen und sagen würden: Es ist befriedet. Geht raus aus dem Wald, und nehmt bitte den ganzen Müll, den ihr da reingetragen habt, noch mit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das wäre konsequent. Dann würde es übrigens auch leichter fallen, den Hambacher Forst in ein anderes Vermögen zu überführen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP – Zuruf von Ralph Bombis [FDP])

Aber vonseiten der Oppositionsfraktionen kommt noch nicht einmal der Schluss, zu sagen: Es ist alles geklärt, der Forst bleibt stehen, aus der Braunkohle wird ausgestiegen;

(Monika Düker [GRÜNE]: Es ist nicht alles geklärt! – Zuruf von Ralph Bombis [FDP])

Leute, verlasst diesen Wald und gebt die mit Gewalttaten gegen andere Menschen verbundenen Demonstrationen auf!

Das ist das, was ich mir heute, offen gesagt, von SPD und Grünen gewünscht hätte – einfach mal diese klare Aussage.

(Beifall von der CDU und der FDP – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Mit dieser Arroganz werden Sie aber nicht weiterkommen, Frau Ministerin! – Zurufe von der CDU)

Frau Brems, Sie haben die Dörfer angesprochen. Sie wissen doch auch – dafür sind Sie alle erfahren genug –:

(Monika Düker [GRÜNE]: Es ist eben nicht alles geklärt!)

Sowohl Wirtschaftsminister Pinkwart als auch ich haben in der letzten Plenardebatte, in der es eine Mündliche Anfrage zu dem Thema gegeben hat, gesagt, dass wir bereit sind, 2030 aus der Kohle auszuweichen. Hätten Sie damals die Debatten verfolgt, hätten Sie schon mitgenommen, dass es diese Bereitschaft gibt.

Es reicht aber nicht – das ist gleichzeitig der Appell an die auf der Bundesebene verhandelnden Parteien –, zu sagen: Wir setzen uns jetzt mal bei einem schnelleren Ausstieg auf den Fahrersitz, haben aber bedauerlicherweise vergessen, das Elektromobil mit Strom aufzuladen. – Das funktioniert nicht.

Sie können hehre Ziele formulieren. Wenn Sie aber gleichzeitig weder die Wege darlegen noch die Energie aufladen, die Sie brauchen, um diese Ziele zu erreichen, dann ist alles, was Sie tun, nur noch Window Dressing, nichts anderes.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das reicht für die Überschriften und für nichts anderes.

Deswegen werde ich insbesondere, wenn es um die Dörfer geht ... Wir haben im Rahmen des Kohleausstiegs mehrere Punkte und Jahreszahlen miteinander verhandelt, bei denen wir genau schauen wollen, ob es früher geht und, wenn ja, unter welchen Bedingungen. Das steht in der neuen Leitentscheidung von CDU und FDP. Und das hängt damit zusammen, wie es uns gelingt, in dem dann verkürzten Zeitraum Perspektiven für das Rheinische Revier zu schaffen.

Natürlich können Sie aussteigen, ohne Perspektiven zu schaffen. Sie können sagen: Die Menschen im Rheinischen Revier sowie die Zukunftsperspektiven, Arbeitsplatzperspektiven, Ausbildungs- und Bildungsperspektiven für die Bürgerinnen und Bürger im Rheinischen Revier sind uns egal; Hauptsache, raus aus der Kohle. – Das wird aber einem Land wie Nordrhein-Westfalen nicht im Ansatz gerecht.

Wir betrachten es als Landesregierung mit dem Anspruch, zum Allgemeinwohl beizutragen. Deshalb reicht es nicht aus, zu sagen: Wir machen alles, um früher auszusteigen; der Rest ist egal. – Jeder Mensch in Nordrhein-Westfalen hat eine Perspektive verdient; jeder. Daran arbeitet diese Landesregierung jeden Tag.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Das ist aber auch Ihre Verantwortung!)

Das gilt auch, wenn es perspektivisch darum geht, welche Dörfer stehen bleiben können und welche

nicht. Denn mit einem Ausstieg – das ist das Entscheidende – muss gleichzeitig ein Aufstieg dieser Region verbunden sein. Damit schaffen wir auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt, den es braucht, wenn man in einen solchen riesigen Umbruch bei der Energieversorgung einsteigt.

Dazu gehört dann auch Folgendes – das vielleicht abschließend, weil die Debatte sich insgesamt doch eher um das Thema der erneuerbaren Energien und der Energiewende drehte –: Damit schaffen wir es möglicherweise auch, Antworten dahin gehend geben, dass es erforderlich ist, bestimmte Dinge im eigenen Land zu tun. Nach meiner grundlegenden Überzeugung gehört nämlich dazu, dass ein Staat sich selbst mit Energie versorgen können muss und Importabhängigkeiten verringert.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP – Christian Dahm [SPD]: Ich würde sagen: Am Thema vorbei!)

Diese Fragen beantworten Sie abseits der Überschriften, die Sie heute zum Thema „Energiewende“ geliefert haben, nicht. Dazu gehört, Antworten hinsichtlich CO₂-Speicherung und CO₂-Leitungen zu geben. Dazu gehört, dass man Antworten auf verschiedene Fragen gibt, die mit Energieerzeugung und -speicherung zu tun haben. Dazu gehört, nicht immer dann, wenn es vor Ort konkret wird – gerade die Angehörigen der Oppositionsparteien und -fraktionen sind da gerne die Ersten –, zu sagen: Hier aber auf keinen Fall.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Wir laden Sie ein. Vielleicht gelingt es uns ja, diesen von mir gewünschten gemeinsamen Aufruf zu machen, dass diejenigen, die jetzt noch im Hambacher Forst sitzen, ihn verlassen. Dann geht es auch schneller mit dem Vermögenswechsel. Das hatte ich angedeutet. Ich lade SPD und Grüne herzlich ein, an dieser Stelle mitzutun und mitzuwirken.

(Ralph Bombis [FDP]: Das wäre mal schön!)

Wie gesagt, haben wir auch noch die Bitte, dass man dann seinen ganzen Müll mitnimmt.

(Sarah Philipp [SPD]: Das haben Sie gerade auch schon gesagt!)

Das tut der Umwelt nämlich auch gut. – Danke sehr.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin Scharrenbach. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. – Das bleibt auch so. Dann schließe ich an dieser Stelle die Aussprache zu Tagesordnungspunkt 1, Aktuelle Stunde.

Wir kommen zu: